

Einleitung

Problemstellung

Die Katastrophe des Völkermordes, der Ruanda ab dem 6. April 1994 völlig zerstörte, mindestens 800 000 Menschen das Leben kostete und Millionen von Flüchtlingen in der Region in Bewegung setzte, hat die ganze Welt tief erschüttert. Nun, nachdem die erste Phase der internationalen Bemühungen um Nothilfe und Katastrophenmanagement beendet ist, vertieft sich der Forschungsdiskurs um die Ursachen und Zusammenhänge dieser unfassbaren Gewalt eskalation. Vor allem die Entwicklungstheorie muss sich der Frage stellen, in wie weit die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in die Entstehungsbedingungen dieser Krise verflochten war. Daraus abzuleiten war dann die Frage, ob und wie weit EZ in den Partnerländern evtl. dazu beiträgt, Krisen zu verschärfen oder gar erst möglich zu machen.

„The process of development and the international aid given to promote it interacted with the forces of exclusion, inequality, pauperization, racism, and oppression that laid the groundwork for the 1994 genocide. In countries such as Rwanda, where development aid provides a large share of the financial and moral resources of government and civil society, development aid cannot help but play a crucial role in shaping the processes that lead to violence.“¹

Ruanda war bis 1994 ein beliebter Partner der internationalen Geberorganisationen und – nationen. Dass es dann, für viele Partner offenbar sehr überraschend, in eine Katastrophe diesen Ausmaßes gleiten konnte, macht deutlich, dass offensichtlich in den Entwicklungskonzepten der internationalen Geber gravierende Lücken und Möglichkeiten für unbemerkte und ungewollte Fehlentwicklungen gegeben waren. Eine tiefgreifende Neuorientierung in den Methoden der EZ und Entwicklungspolitik war unabdingbar geworden. Die ruandische Katastrophe war also der bedeutendste auslösende Faktor dafür, dass den im Rahmen der Entwicklungspolitik bereits seit den 80er Jahren wachsenden Rufen nach einer friedenssichernden Dimension ab 1994 nun weit mehr Gehör geschenkt wurde.

In Deutschland hat die Bundesregierung nach dem Machtwechsel von 1998 auf die neuen Anforderungen in der Außen- und Entwicklungspolitik reagiert, indem sie bereits bestehende Konzepte aus der Friedensbewegung und den christlichen Kirchen übernahm und ein neues Instrument in der EZ in Krisenregionen einrichtete, den Zivilen Friedensdienst (ZFD).

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit folgenden drei Fragekomplexen:

¹Uvin, Peter: Aiding Violence, West Hartford 1998, S.3

1. Aus welchem theoretischen Hintergrund leitet sich der ZFD her, was waren die inhaltlichen Schwerpunkte in der Diskussion vor 1998, und was waren die Intentionen der IdeengeberInnen dieses Konzeptes? Welches Konzept hat die Bundesregierung 1998 unter dem Begriff ZFD angelegt, und welche Aufgaben kann der ZFD im Bereich Konfliktmanagement, in Abgrenzung zu Nothilfe oder klassischer EZ, leisten?
2. Wie ist die Konfliktlage im heutigen Ruanda, mehrere Jahren nach dem Genozid, angelegt, und welche spezifischen Bedingungen gelten für künftige ZFD-Projekte in diesem Land?
3. Mit welchen Lösungsstrategien können die zu erwartenden Probleme bei der Implementierung in der ersten Praxisphase des ZFD bewältigt werden? Wo liegen die Grenzen der Leistungsfähigkeit des ZFD-Programms?

Dabei ist eine Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes jedoch unvermeidlich. Im Folgenden können die Arbeitsfelder nicht immer jedes, sicherlich forschungswürdige, Teilgebiet des Themenkomplexes erfassen, sondern finden Ihre Beschränkungen. Besonders die in den letzten Jahren stark anwachsende theoretische Diskussion um Konfliktursachen und -dynamiken kann nur sehr begrenzt wiedergegeben werden. Auch das Gebiet der staatlichen und institutionellen Anteile an politischen Krisen ist im Folgenden nicht in all seinen Details erarbeitet worden, um thematisch nicht zu weit abzuschweifen.

Ein Themenbereich, der eben sonne eingegrenzt dargestellt wird, ist die besondere innen- und außenpolitische Situation Ruandas, vor allem in Bezug auf die Entstehung und Beendigung des Genozids sowie das Engagement im Kongo-Krieg. Die politischen Zusammenhänge in der Region seit den Arusha-Verträgen und die einzelnen Rebellenbewegungen sind ein so komplexes und anspruchsvolles Thema, dass im Rahmen dieser Arbeit keinesfalls ein angemessener Beitrag geleistet werden kann, um hinlänglich über die Konfliktparteien und mögliche Lösungsstrategien zu berichten. Auch hier bleibt die Darstellung auf das Nötigste im Zusammenhang zur Fragestellung begrenzt.

Beschränkt bleibt außerdem die Analyse der gegenwärtigen sozio-ökonomischen Strukturen in Ruanda, da die zugänglichen Quellen in vielen Fällen widersprüchliche oder gar keine Angaben vermitteln. Somit ist eine detaillierte Untersuchung der Beziehung von staatlicher Eigenleistung und importierter Nothilfe bzw. EZ-Geldern nur teilweise möglich.

Methodik

Sowies diese Arbeit inhaltlich in dreisehr unter-schiedliche Fragekomplexe gegliedert ist, unterscheidet sich auch das methodische Instrumentarium innerhalb der Untersuchung deutlich.

Wennes zunächst darum geht, die Theorie, Geschichte und Konzepte des ZFD zu erläutern, soll damit ein theoretisches Raster angelegt werden, mithilfe dessen die spätere Anwendung des ZFD in der Praxis abgeglichen werden kann. Es wird erdendie wichtigsten Ansätze der Konflikttheorie aufgeführt und ein Überblick über die Kernbegriffe der Diskussion um Konflikt-

dynamiken vermittelt. Diese theoretischen Grundlagen führen dann auf die wichtigsten Akteure in der Debatte um eine Friedensförderung mit den Mitteln der EZ hin. Es wird anhand von Publikationen der einzelnen Diskussionsparteien eine komparative Analyse der Intentionen von staatlichen, kirchlichen, wissenschaftlichen und privaten Verfechtern ziviler Konfliktbearbeitung erstellt. Schließlich wird das Produkt der Debatte, das offizielle BMZ-Handlungskonzept für den ZFD, dahingehend untersucht, in wie weit es die einzelnen Anliegen der Akteure integriert hat, und welche Handlungsoptionen sich aus dem Konzeptpapier ableiten lassen.

Der zweite Abschnitt der Arbeit befasst sich mit der Konfliktssituation in Ruanda vor, während und nach dem Genozid. Anhand historischer Dokumente und neuerer politischer Analysen wird untersucht, wie Ethnisierung und Militarisierung die Zeit nach der Unabhängigkeit Ruandas prägten. Es wird geklärt, welche rassistischen Stereotypen und Mythen über ethnische Differenzen von der ruandischen Regierung als Mittel zur Stabilisierung ihres bedrohten Machterhaltes instrumentalisiert wurden. Nach der Klärung der Krisenursachen wird dann in einem zweiten Schritt darauf eingegangen, welche potentiellen Krisenursachen einennachhaltigen Friedensprozess im Land und in der Region heute gefährden und damit Ansatzpunkte für ZFD-Projekte bieten. Ein wichtiges Analysefeld ist die Good-Governance-Bilanz der neuen ruandischen Regierung, um festlegen zu können, in welchem politischen, ökonomischen und sozialen Umfeld spätere ZFD-Projekte verortet werden. Davon seitenderruandischen Regierung seit 1994s choneine Vielzahl von direkt oder indirekt friedensfördernden Projekten und Programmen in Ruanda gestartet wurden, bietet es sich an, deren Ansätze und Ergebnisse einer komparativen Analyse zu unterziehen und daraus Hinweise auf optimierte Handlungsoptionen im ZFD zu gewinnen. Als Material können hier Projektberichte und UN-Studien zugrunde gelegt werden.

Der dritte Teil der vorliegenden Arbeit befasst sich mit der Rolle der internationalen EZ bei der Entstehung der Krise von 1994. Ausgehend von der sehr umfangreichen Literatur zu den Konfliktursachen und der Krisengeschichte soll die Frage geklärt werden, welchen Anteil die internationale Partnerschaft der Geberländer an der Möglichkeit des Völkermordes hatte. Aus

den Fehlern in vergangenen entwicklungspolitischen Strategien wird dann abgeleitet, inwiefern der ZFD beitragen kann, Defizite der Kooperationspraxis zu reduzieren. Um potentielle Ansatzpunkte für den ZFD präzise vorzuzurechnen, ist es wichtig, die Situation der Zielgruppen zu beleuchten. Das wurde wiederum vor allem mit Hilfe von UN-Studien und Arbeitsberichten lokal agierender NROs möglich. Aus der Zielgruppenstudie ergeben sich dann, in Anlehnung an die Erfahrungen anderer bereits aktiver Projekte, Handlungsoptionen für den ZFD, die deduziert werden. Ergänzend dazu folgt eine Analyse der potentiellen Schwierigkeiten und Begrenzungen, die der ZFD aus seiner Struktur, aber auch aus einerruandischen Umweltherausfahrt.

Material

Mary B. Andersons „Dono Harm“ hat 1999 die Diskussion um eine nötige friedenssichernde Dimension der internationalen Nothilfe und EZ stark angeregt. Peter Uvin hat auf diesem Ansatz basierend mit „Aiding Violence“ exemplarisch die Verflechtung von Konflikteskalation und internationaler Gebergemeinschaft in Ruanda untersucht. Im Deutschen debattierend diese Thematik vor allem Ulf Engel und Andreas Mehler in „Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika“, sowie Brigitte Fahrenhorst als Herausgeberin des Bandes „Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten“.

Zur Konflikttheorie und zu Konflikt dynamiken sind die Artikel von Thania Paffenholz und Angelika Speltengrundlegend. Konflikttheorien angewendet auf dem Feld des Konfliktmanagements beschreibt das Standardwerk „Peacebuilding – A Fieldguide“, herausgegeben von Luc Reyckler und Thania Paffenholz.

Zur Entstehungsgeschichte des ZFD und seinen inhaltlichen und organisatorischen Facetten wurde 2000 ein Übersichtswerk von Tilman Evers herausgegeben: „Ziviler Friedensdienst“, in dem wichtige Akteure des neuen Instrumentes zu Wort kommen.

Geschichte und Zusammenhänge des Genozids werden im Standardwerk von African Rights „Rwanda - Death, Despair and Defiance“, sowie Alison Des Forges „Leave none to tell the story“ anhand von Zeugenaussagen zusammengefasst und in Analyseteilen aufgearbeitet. Weitere Schlüsselautoren zur ruandischen Genozidforschung sind Gérard Prunier mit seiner deutlich RPF-kritischen Haltung, aber immensen Detailkenntnis der politischen Verhältnisse in der Region, sowie Filip Reyntjens, René Lemarchand, Jean Paul Chrétien und in Deutschland derteilweise kritisch zubeurteilende, aber sehr gut informierte Helmut Strizek.

Zur Analyse der gegenwärtigen politischen sowie sozio-ökonomischen Situation und der Tätigkeit der internationalen Organisationen in Ruanda stützt sich diese Arbeit vor allem auf die Ergebnisse des Common Country Assessment, das die VN über die Bereiche Justiz, Wirtschaft, Bevölkerungswachstum, Gesundheit und Good Governance 1999 und 2002 durchgeführt haben. Weiter Informationen stammen aus den periodischen Berichten von NGOs, UN Projekten und der deutschen Botschaft sowie von Amnesty International.

Zum Sprachregebrauch

Im Folgenden wird aus Gründen der Geschlechtergleichheit bei der Darstellung von konkreten Personen, Gruppen oder Berufsgruppen, die Mitglieder sowohl männlichen wie weiblichen Geschlechts vertreten, die angleichende Form mit dem „großen I“ verwendet, also „SoldatInnen“, „ExpertInnen“, „BewohnerInnenInnen“. Abstrakte Bezeichnungen wie „Geber“, „öffentliche Träger“ oder Organisationen werden der Lesbarkeit halber in der männlichen Form beibehalten. Ebenso wird bei zusammengesetzten Substantiven die männliche Form verwendet, um Wortungetüme wie z.B. „BeraterInnenfunktion“ zu vermeiden. In Zitaten gilt natürlich das Original.